



Medienmitteilung

Bern, 27. Mai 2026

VORSCHAU AUF DIE SOMMERSESSION

Die wichtigsten Geschäfte der Session aus Städtесicht

Der Städteverband unterstützt die neuen Verpflichtungen zur Wohnraumförderung durch den Bund und somit die Erhöhung der Beiträge zum Fonds de Roulement und den Eventualverpflichtungen. Er lehnt hingegen erleichterte Neueinzonungen zur Bekämpfung der Wohnungsknappheit ab; es gibt genügend Reserven in bestehenden Bauzonen. Der Städteverband lehnt auch den Neubau von Kernkraftwerken ab.

Die Wohnraumknappheit, insbesondere im preisgünstigen Segment, beschäftigt die Städte weiter. Der Städteverband unterstützt deshalb entschieden die neuen Verpflichtungen zur Wohnraumförderung durch den Bund (25.077 «Bundesbeschluss über einen Zahlungsrahmen für die Jahre 2030-2034 zur Aufstockung des Fonds de Roulement zugunsten des gemeinnützigen Wohnungsbaus» und 25.087 «Eventualverpflichtungen in der Wohnraumförderung für die Jahre 2027-2033. Verpflichtungskredit»). Gemeinnützige Wohnbauträger sind wichtige Partner in den Städten, welche einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt und zur Erweiterung von günstigen Wohnungen leisten. Beide Instrumente der Wohnraumförderung haben sich in den letzten zwanzig Jahren bewährt und sollten auf jeden Fall weitergeführt werden. Der Städteverband unterstützt die jeweiligen Minderheitsanträge zur Erhöhung der Beiträge.

Die Motion 26.3359 erhofft sich von erleichterten Neueinzonungen «gezielte und griffige Massnahmen gegen die Wohnungsknappheit», stellt dabei jedoch den raumplanerischen Grundsatz der Interessenabwägung in Frage. Abgesehen davon können Kantone schon heute bei Bedarf neue Wohnzonen bestimmen, doch vorderhand gibt es in den Städten noch beträchtliche Reserven in den bestehenden Bauzonen. Der Städteverband lehnt die Motion deswegen ab.

Der Städteverband spricht sich gegen die Volksinitiative und den indirekten Gegenvorschlag zu 25.068 «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» aus. Die ambitionierten Klima- und Energieziele der Städte sollen durch eine Stärkung von erneuerbaren Energien erreicht werden. Der von Initiative und Gegenvorschlag vorgesehene Neubau von Kernkraftwerken konkurriert allerdings mit dem Ausbau an erneuerbaren Energien, weshalb der Städteverband beide ablehnt.

Auskunft

Benjamin Fröhlich, Leiter Kommunikation, medien@staedteverband.ch, 031 356 32 44

Der **Schweizerische Städteverband** vertritt die Interessen und Anliegen der Städte, Agglomerationen und städtischen Gemeinden. Er ist damit die Stimme der urbanen Schweiz, in der rund drei Viertel der Schweizer Bevölkerung leben und 84 % der Wirtschaftsleistung unseres Landes erbracht werden.